

Prüfung braucht Zeit: Kali-Entscheidung erst 2016

Konzern reicht 90 Aktenordner bei Landesbehörde ein / Erörterung „frühestens nach den Sommerferien“

VON TAREK ABU AJAMIEH

GIESEN/CLAUSTHAL-ZELLERFELD. Das Land entscheidet frühestens im nächsten Jahr über den Antrag zur Wiederaufnahme des Kaliabbaus bei Giesen. Das erklärte das Landesamt für Bergbau, Energie und Geowissenschaften (LBEG) gestern, nachdem der Düngemittel-Konzern Kali + Salz (K+S) die Unterlagen für die Genehmigung des Millionen-Projektes eingereicht hatte. Bislang hatte das Unternehmen gehofft, Ende dieses Jahres ein Ergebnis zu bekommen, um Anfang 2016 über das Bergwerk entscheiden zu können.

Nun dauert es etwas länger. Schließlich müssen sich die Mitarbeiter der Behörde durch rund 90 Aktenordner wühlen. Die hatte Ralf Diekmann, Geschäftsführer der Konzerntochter K+S Kali

GmbH, gestern im Gepäck. Zur Übergabe reiste er persönlich zur LBEG-Zentrale in Clausthal-Zellerfeld, wo ihn Behörden-Präsident Andreas Sikorski begrüßte. Der bemühte zum Start einen Superlativ: „Die Komplexität dieses Antrags ist einmalig in der Geschichte des niedersächsischen Bergbaus!“

Einmalige Ausnahmen von den rechtlichen Vorgaben für die öffentliche Auslegung der Unterlagen soll es dennoch nicht geben. Zu dieser Klarstellung sah sich LBEG-Präsident Sikorski gestern angesichts öffentlicher Kritik (diese Zeitung berichtete) veranlasst: „Für die Fristen zur öffentlichen Auslegung in einem Planfeststellungsverfahren macht der Gesetzgeber eindeutige Vorgaben. Die vorgegebenen Fristen sind nicht flexibel.“

So würden keine Antragsteller, Behörden oder die Öffentlichkeit mal be-

nachteiligt, mal bevorzugt. „Auf Feiertage oder Ferienzeiten kann der Gesetzgeber daher keine Rücksicht nehmen“,



Ort der Entscheidung: die Zentrale der Landesbehörde für Bergbau, Energie und Geowissenschaften in Clausthal-Zellerfeld.

betont Sikorski. Kritik hatte es vor allem an der Tatsache gegeben, dass Bürger nach der Auslegung nur zwei Wochen Zeit für Einwände haben und dass die Auslegung unter anderem in die Osterferien fällt.

Um sich auf den Erörterungstermin, bei dem alle Einwände zur Sprache kommen sollen, vorzubereiten, ist dann etwas mehr Zeit nötig. Dieses Treffen solle „frühestens nach den Sommerferien“ in Hildesheim stattfinden, kündigte das LBEG gestern an. Teilnehmer sind dann neben K + S auch Behörden, Bürgerinitiativen und auch Bürger, die betroffen sind und Einwendungen eingereicht haben. Danach endet die Anhörungsphase, und das LBEG beginnt mit der eigentlichen „Prüfung des Antrags unter Berücksichtigung der Einwendungen“, wie es weiter heißt.